

Sitzungsunterlagen

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Kreisausschusses

31.01.2024

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift Kreisausschuss öffentlich	5
Anlage - Bekanntmachung_NABEG22	17
Anlage - Ultranet Osterath-Rommerskirchen	19

Vorlagendokumente

TOP Ö 9.1 Tischvorlage: Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/ Zentrum vom 30.01.2023 zum Thema "Prüfauftrag Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse"	
Tischvorlage 32/3932/XVII/2024	21
20240131 interfr. Antrag Kreisausschuss - Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse 32/3932/XVII/2024	23

NIEDERSCHRIFT

über die **31.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **31.01.2024**
Ort der Sitzung: NE, Zentrum, Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Navigation: www.rkn.nrw/TR818
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:30 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Frau Barbara Brand
 3. Herr Heiner Cöllen
 4. Herr Sven Ladeck
 5. Frau Katharina Reinhold
 6. Herr Thomas Welter
 7. Frau Birte Wienands
- Vertretung für Herrn Wappenschmidt
- Vertretung für Herrn Graf von Nesselrode

• SPD-Fraktion

8. Herr Udo Bartsch
9. Frau Christina Borggräfe
10. Herr Stefan Schmitz
11. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 12. Frau Petra Schenke
- 13. Herr Dirk Schimanski
- 14. Frau Swenja Krüppel

Vertretung für Herrn Markert

• **FDP-Fraktion**

- 15. Herr Dirk Rosellen

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei**

- 16. Herr Carsten Thiel

• **AfD-Fraktion**

- 17. Herr Dirk Helmut Kranefuss

• **Gäste**

- | | |
|---|-------------|
| 18. Herr Prof. Dr. med. Guido Engelmann | zu TOP NÖ 3 |
| 19. Frau Nicole Rohde | zu TOP NÖ 3 |
| 20. Herr Georg Schmidt | zu TOP NÖ 3 |
| 21. Frau Monika Zimmermann | |

• **Verwaltung**

- 22. Herr Elmar Hennecke
- 23. Frau Anna Hohn
- 24. Herr Benjamin Josephs
- 25. Herr Dezernent Gregor Küpper
- 26. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 27. Herr Dezernent Martin Stiller
- 28. Herr Dezernent Harald Vieten

• **Schriftführerin**

- 29. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	5
2.1.	Jugendhilfeausschuss vom 02.11.2023.....	5
2.2.	Mobilitätsausschuss vom 16.11.2023	5
2.3.	Ausschuss für Soziales und Wohnen vom 21.11.2023	5
2.4.	Schul- und Bildungsausschuss vom 28.11.2023	5
2.5.	Schul- und Bildungsausschuss vom 23.01.2024	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
3.1.	Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit vom 20.11.2023.....	6
3.2.	Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing vom 12.12.2023.....	6
4.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: Dezember 2023 - Januar 2024 Vorlage: 61/3782/XVII/2024.....	7
5.	Regionalarbeit Stand: Dezember 2023 - Januar 2024 Vorlage: 61/3778/XVII/2024	8
6.	Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand Januar) Vorlage: ZS5/3832/XVII/2024	8
7.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/3771/XVII/2024	9
8.	Gewährung von Arbeitgeberdarlehen Vorlage: 20/3814/XVII/2024.....	9
9.	Anträge.....	9
9.1.	Tischvorlage: Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/ Zentrum vom 30.01.2023 zum Thema "Prüfauftrag Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse" Vorlage: 32/3932/XVII/2024	9
10.	Mitteilungen	10
10.1.	Antwort Minister Wüst zur Resolution des Kreistages vom 27.09.2023 zur Wettbewerbsfähigkeit der Region Vorlage: 010/3759/XVII/2023	10
11.	Anfragen	11

- 11.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Umgang mit offenen Übertragungsermächtigungen" vom 08.12.2023 und Antwort der Verwaltung Vorlage: III/3893/XVII/2024..... 11
- 11.2. Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Personalausstattung der WTG-Behörde Vorlage: 50/3844/XVII/2024 11
12. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle Vorlage: 010/3878/XVII/2024 11
13. Einwohnerfragestunde..... 11

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten wurden folgende Tischvorlagen zur Verfügung gestellt:

zu Top 2 Ö „Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse“	2.4 Beschlussprotokoll Schul- und Bildungsausschuss am 23.01.2024
zu Top 3 Ö „Kenntnisnahme von Niederschriften“	3.1 Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit am 20.11.2023
zu Top 9 Ö „Anträge“	9.1 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/ Zentrum vom 30.01.2023 zum Thema "Prüfauftrag Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse" ☒
zu Top 3 NÖ „Stand Fusion Rheinland Klinikum Neuss GmbH“	3.1 Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2024 zum Thema "Beschlussempfehlung/ Diskussionsgrundlage Gesellschafterausschuss" ☒ 3.2 Beschlussvorschlag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/Zentrum vom 31.01.2024 ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Jugendhilfeausschuss vom 02.11.2023

KA/20240131/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 02.11.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Mobilitätsausschuss vom 16.11.2023

KA/20240131/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Mobilitätsausschusses vom 16.11.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Ausschuss für Soziales und Wohnen vom 21.11.2023

KA/20240131/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Soziales und Wohnen vom 21.11.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Schul- und Bildungsausschuss vom 28.11.2023

KA/20240131/Ö2.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schul- und Bildungsausschusses vom 28.11.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Schul- und Bildungsausschuss vom 23.01.2024

KA/20240131/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schul- und Bildungsausschusses vom 23.01.2024 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit vom 20.11.2023

KA/20240131/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit am 20.11.2023 zur Kenntnis.

3.2. Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing vom 12.12.2023

KA/20240131/Ö3.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Ausschusses für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 12.12.2023 zur Kenntnis.

4. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
Stand: Dezember 2023 - Januar 2024
Vorlage: 61/3782/XVII/2024

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass gestern im Kraftwerk Frimmersdorf eine große Pressekonferenz zur Beendigung des sog. Werkstattverfahrens stattgefunden habe. Man beabsichtige zu prüfen, Teile des Kraftwerks als Denkmal zu erhalten und gleichzeitig eine dauerhafte wirtschaftliche Nutzung der Gebäude zu ermöglichen. So könnten eine Vielzahl an Arbeitsplätzen entstehen. Unter anderem könnte möglicherweise IT NRW dorthin wechseln, da der Standort auch für die kritische Infrastruktur besonders geeignet ist (Erdbebensicher durch Gebäudestruktur, geschützt vor Wind und Hochwasser). Auch andere digitale Infrastruktur könnte dort angesiedelt werden. Die zuständige Digitalministerin Scharrenbach habe darüber hinaus die Erwartung, dass auch dort ein Bildungscampus für IT entstehen könnte. Darüber hinaus gebe es auch noch Flächen für gewerbliche Nutzung. Nachdem das Gebäude dann durch Infrastrukturhilfen des Bundes umgebaut worden ist, könne man dann Arbeitsplätze in Gewerbe und Industrie schaffen. Man benötige darüber hinaus eine sog. Frimmersdorfer GmbH, die einerseits als Antragsteller für die Zuschüsse von Bund und Land fungieren kann und auch für die Vermarktung der Flächen, inkl. Vermarktungsrisiko, zuständig wäre. Die Stadt Grevenbroich sehe sich dabei als Gesellschafter. Als Kreis müsste dann überlegt werden, ob und in welcher Form man sich beteilige.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel zeigte sich erfreut über das positive Ereignis. Es sei ein Zeichen in welche Richtung es an dem Standort gehen kann. Zusammen mit dem Gelände der Blöcke Q und P auf denen eher Industrie angesiedelt wird, bekomme man eine gute Mischung. Hinsichtlich einer Gesellschaft sei die Frage der Ausgestaltung und der Aufgaben von Interesse. Grundsätzlich begrüße man aber eine gemeinsame Gesellschaft mit Stadt Grevenbroich zur Entwicklung der Fläche.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss erkundigte sich nach den Startups von WEC. Ihn interessiere, ob es schon eine Prognose gebe, wie erfolgreich die Maßnahmen sind und was es wirtschaftlich bringt.

Landrat Petrauschke erklärte, dass die ursprüngliche Regelung mit dem Fördernehmer in Insolvenz gegangen sei. Die Frage ob man Start-ups und Scale-ups nach einem ähnlichen System weiterentwickeln kann, müsse man nochmal prüfen. Es habe in den letzten Jahren zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen für Start-ups und Scale-ups gegeben. Das Thema könnte noch einmal genauer im Ausschuss für Strukturwandel nachgefragt werden.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erkundigte sich, ob es sich bei der genannten Freileitung um eine neue zusätzliche (dritte) Leitung handle. Wenn ja, interessiere ihn der Streckenverlauf.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass man für eine neue Strecke ein neues Planfeststellungsverfahren benötige. Es müsste sich daher um die Umwandlung einer vorhandenen oder eine bereits genehmigte Leitung (die noch nicht gebaut worden ist) handeln. Man füge die Unterlagen aber dem Protokoll bei (s. **Anlage**).

KA/20240131/Ö4**Beschluss:**

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

5. Regionalarbeit**Stand: Dezember 2023 - Januar 2024****Vorlage: 61/3778/XVII/2024****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass sich der Regionalrat vor Ort im Bereich von Dormagen (Silbersee, Fläche Zuckerfabrik) umgesehen habe. Im Falle einer Umwandlung von Gewerbeflächen solle dies nur im notwendigen Maße stattfinden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel ergänzte, dass ausreichen Gewerbeflächen vorhanden sein müssen und der Wohnungsbau nicht mit dem Gewerbe konkurrieren sollte. Bei dem Termin seien Erkenntnisse gewonnen und Bedenken ausgeräumt worden.

KA/20240131/Ö5**Beschluss:**

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand Januar)**Vorlage: ZS5/3832/XVII/2024****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte ergänzend mit, dass die Arbeitslosenquote für Januar gegenüber dem Vormonat und gegenüber dem Vorjahresmonat von 5,6 auf 5,8 % gestiegen sind.

KA/20240131/Ö6**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Januar 2024) zur Kenntnis.

7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**Vorlage: 50/3771/XVII/2024****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die endgültigen Zahlen am Jahresende noch verrechnet werden. Beim Nettoaufwand sei man voraussichtlich 4 Mio. Euro über dem Ansatz. Dieser Betrag müsse dann hälftig mit den Kommunen ausgeglichen werden. Die Kosten der Unterkunft für die Flüchtlinge aus der Ukraine müssten jedoch noch rausgerechnet werden.

KA/20240131/Ö7**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. Gewährung von Arbeitgeberdarlehen**Vorlage: 20/3814/XVII/2024****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel zeigte sich erfreut, dass viele Mitarbeiter auf das Angebot zurückgreifen. Dies sei ein kleiner Baustein der Mitarbeiterbindung.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte in diesem Zusammenhang, dass es den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern auch wieder möglich sei im Rheinland Klinikum bezuschusst Mittag zu essen.

KA/20240131/Ö8**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Aufstellung der 2023 bewilligten Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen zur Kenntnis.

9. Anträge**9.1. Tischvorlage: Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/ Zentrum vom 30.01.2023 zum Thema "Prüfauftrag Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse"****Vorlage: 32/3932/XVII/2024****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Heiner Cölln erläuterte den interfraktionellen Antrag. Er resultiere aus der Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz in

dem ein Gutachten zur Gefahrenlage im Rhein-Kreis Neuss eingehend erörtert worden ist. Man sei dringlich zum Handeln aufgefordert.

KA/20240131/Ö9.1

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, die in der Analyse des Unternehmens LÜLF+ empfohlenen 65 Maßnahmen zu priorisieren. Dabei sollen mögliche Sofortmaßnahmen geprüft und aufgelistet werden, um zeitnah handlungsfähig zu sein.

Sofern hierfür Mittel in den Haushalt 2024 eingestellt werden müssen, bitten wir die Verwaltung, dies den Fraktionen noch im Rahmen der laufenden Haushaltberatungen, spätestens jedoch im nächsten Finanzausschuss am 05.03.2024 mitzuteilen.

2. Bezugnehmend auf den Punkt „2 d“ des einstimmig gefassten Beschlusses des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz vom 25.10.2023 wird die Verwaltung auf Basis der Ergebniszusammenfassung von LÜLF+ gebeten, die quantitative und qualitative Personalausstattung der Kreisleitstelle bezüglich der Bereiche Disposition, Tagesdienst und der EDV-Administration durch externe Sachverständige prüfen zu lassen.

3. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 05.03.2024 die erforderlichen Mittel nach HOAI für die Leistungsphasen LP1=Grundlagenermittlung; LP2=Vorplanung; LP3=Entwurfsplanung, sowie eine erforderliche Kostenschätzung für LP3 der HOAI des einstimmigen Beschlusses vom 25.10.2023 (Neubau einer Kreisleitstelle etc.), für die Beratungen einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Mitteilungen

10.1. Antwort Minister Wüst zur Resolution des Kreistages vom 27.09.2023 zur Wettbewerbsfähigkeit der Region

Vorlage: 010/3759/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf das vorgelegte Antwortschreiben.

11. Anfragen

11.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Umgang mit offenen Übertragungsermächtigungen" vom 08.12.2023 und Antwort der Verwaltung Vorlage: III/3893/XVII/2024

Protokoll:

Kreiskämmerer Martin Stiller teilte mit, dass man derzeit mit Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 25 Mio. Euro im konsumtiven Bereich plane. Die endgültige Zahl könne er im Finanzausschuss im März präsentieren.

11.2. Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Personalausstattung der WTG-Behörde Vorlage: 50/3844/XVII/2024

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass das Ganze auch Thema im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt gewesen sei. Dieser habe sich auf ein Vorjahr bezogen, seitdem man das Personal um 30 % aufgestockt habe. Man müsse sich aber die Prüfpläne noch genau angucken, um die Prüfintervalle einhalten zu können.

12. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle Vorlage: 010/3878/XVII/2024

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Übersicht.

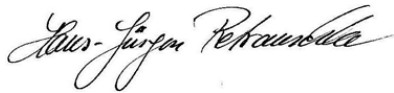
Im Hinblick auf den Beschluss zum Thema „Controlling-Dienstleistung für die Kreisverwaltung hinsichtlich der Rheinland Klinikum Neuss GmbH“ bat Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck sich gegebenenfalls auch mit Verlängerungsoption auf den Weg zu machen.

13. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 15:25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Böhm
Schriftführung

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg (Vorhaben 2), Abschnitt C1 (Osterath – Rommerskirchen)

Planfeststellung: Anhörungsverfahren gemäß § 22 Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Der Vorhabenträger Amprion GmbH hat bei der Bundesnetzagentur einen Antrag auf Planfeststellung für das Vorhaben 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (Osterath – Philippsburg), Abschnitt C1 (Osterath – Rommerskirchen) gestellt. Die Bundesnetzagentur ist sowohl für das Verfahren als auch für die Entscheidung über die Planfeststellung zuständig.

Für das Vorhaben ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Es gilt dabei das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist. Durch die Offenlage des Plans erfolgt gleichzeitig die Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens nach § 18 Absatz 1 UVPG.

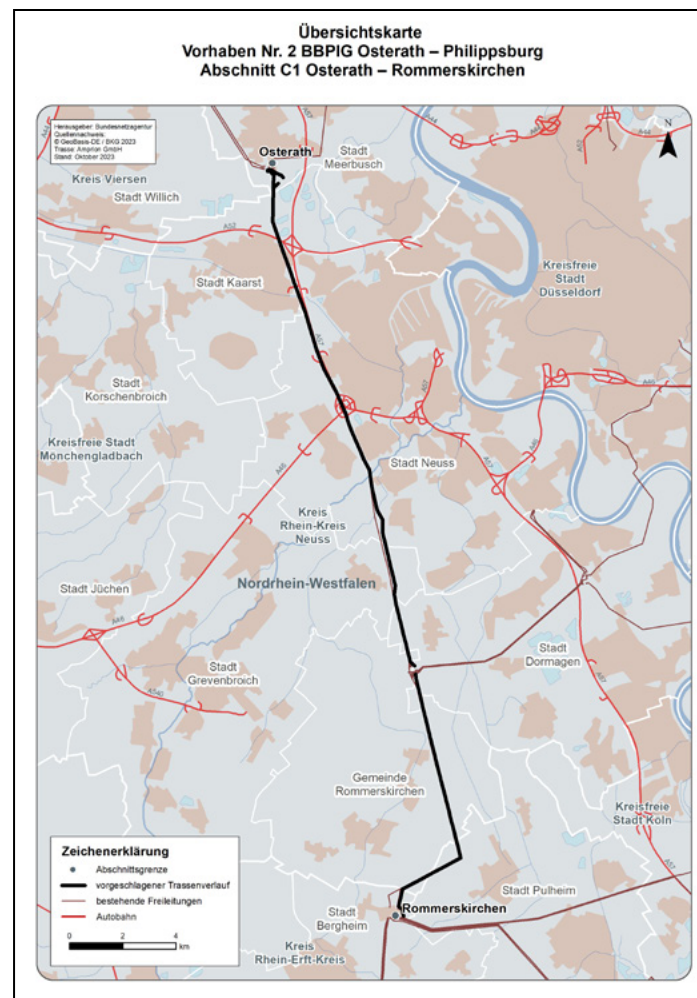
Gemäß § 21 NABEG hat der Vorhabenträger den auf Grundlage der Ergebnisse der Antragskonferenz bearbeiteten Plan eingereicht. Der Plan besteht aus den Zeichnungen und Erläuterungen, die das Vorhaben, seinen Anlass und die von dem Vorhaben betroffenen Grundstücke und Anlagen erkennen lassen. Diese Unterlagen wurden für vollständig erklärt.

Die Auslegung der Unterlagen erfolgt gemäß § 22 Abs. 3 NABEG ausschließlich in elektronischer Form durch eine Veröffentlichung im Internet in der Zeit **vom 20.11.2023 bis einschließlich 19.12.2023**. Die Unterlagen sowie weitere Informationen zum Vorhaben finden Sie **ab dem 20.11.2023** im Internet unter <https://www.netzausbau.de/vorhaben2-c1>.

Die Bundesnetzagentur nimmt auch die Belange von Personen in den Blick, die keinen oder keinen ausreichenden Zugang zum Internet haben, um Einsicht in die auszulegenden Unterlagen nehmen zu können. Während des Auslegungszeitraums besteht die Möglichkeit, eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Einwendungsfrist verlängert sich hierdurch nicht. Wenden Sie sich hierzu bitte telefonisch an die Bundesnetzagentur unter 0800 638 9 638, per Mail an vorhaben2@bnetza.de oder schriftlich an die unten aufgeführte Adresse unter „Einwendungen“.

Trassenverlauf und Alternativen

Die Amprion GmbH hat folgenden Trassenverlauf beantragt: zwischen der Umspannanlage (UA) Osterath und dem Konverter Meerbusch soll ein Freileitungsneubau von drei Masten für die Anbindung des Konverters an den Netzverknüpfungspunkt Umspannwerk Osterath als Drehstromleitung erfolgen. Die ab der Konverteranbindung in Gleichstromtechnik und für Ausnahmefälle temporär zur Nutzung in Drehstromtechnik beantragte Trasse soll sodann auf bestehenden Masten verschiedener Bestandsleitungen zwischen der UA Osterath und der UA Rommerskirchen realisiert werden. Hierzu ist die Errichtung einer weiteren Anbindungsleitung von dem Konverter an die Bestandsleitung über einen neu zu errichtenden Freileitungsmast geplant. Anschließend verläuft die bestehende Trasse südlich und schwenkt nördlich von Kaarst zwischen dem Autobahnkreuz Kaarst und der Bebauung Kaarst parallel zur Bundesautobahn 57 bis zum Autobahnkreuz Neuss-West ein. Nördlich und südlich der Anschlussstelle Holzbüttgen sollen zwei Masten ersetzt werden. Die Trasse verläuft sodann weiter südlich zwischen den Ortschaften Reuschenberg und Holzheim. Rechts und links der B477 sollen an zwei Masten Änderungen vorgenommen werden. Die Trasse verläuft anschließend weiter in südlicher Richtung westlich an Hoisten und Gohr vorbei und kreuzt das Umspannwerk Gohr bis nordwestlich der Ortschaft Stommeln, um dann in westlicher Richtung auf das Umspannwerk Rommerskirchen zuzulaufen. Im Abschnitt zwischen den Umspannwerken Gohr und Rommerskirchen sollen an 13 Masten Änderungen vorgenommen werden. Östlich des Umspannwerks Rommerskirchen sollen zwei Masten neu erstellt werden.



Einwendungen

Jede Person, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, sowie Vereinigungen können sich vom Beginn der Auslegung **am 20.11.2023 bis zum 19.01.2024** äußern. Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind gemäß § 21 Abs. 4 UVPG für das Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen. Die Äußerungsfrist gilt gemäß § 21 Abs. 5 UVPG auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des Vorhabens beziehen.

Die Einwendungen sind über einen der folgenden Wege an die Bundesnetzagentur zu richten:

- **elektronisch vorzugsweise per Onlineformular** (Link unter www.netzausbau.de/vorhaben2-c1)
- **per E-Mail an** vorhaben2@bnetza.de
- **schriftlich an die Bundesnetzagentur, Referat 801, Postfach 8001, 53105 Bonn (Betreff: Vorhaben 2, Abschnitt C1).**

Weitere Details hierzu finden Sie unter www.netzausbau.de/kontakt.

Einwendungen müssen Ihren Namen und Ihre vollständige Anschrift leserlich enthalten. Schriftliche Einwendungen müssen darüber hinaus unterschrieben sein. Sie erhalten keine Eingangsbestätigung.

Werden Einwendungen oder Stellungnahmen von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht (gleichförmige Eingaben), so muss auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite deutlich sichtbar eine Vertreterin/ein Vertreter benannt werden. Anzugeben sind jeweils der Name, die Anschrift und der Beruf der Vertreterin/des Vertreters, sofern die Vertreterin bzw. der Vertreter nicht von

den Unterzeichnern als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreterin oder Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Entspricht eine solche Einwendung oder Stellungnahme nicht diesen Anforderungen, so kann sie unberücksichtigt gelassen werden.

Die Einwendungen werden in Kopie an den Vorhabenträger weitergegeben. Sie können in Kopie auch an Träger öffentlicher Belange weitergegeben werden, sofern deren Aufgabenbereich berührt ist. Sowohl Vorhabenträger als auch Träger öffentlicher Belange sind zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet und dürfen Ihre Einwendung ausschließlich im Rahmen des Verfahrens verwenden. Falls Ihr Name und Ihre Anschrift dennoch unkenntlich gemacht werden sollen, weisen Sie in Ihrer Einwendung bitte darauf hin. Ihr Name und Ihre Anschrift werden auf Ihr Verlangen hin unkenntlich gemacht, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

Erörterung und Entscheidung

Soweit ein Erörterungstermin gemäß § 22 Abs. 5 i. V. m. § 10 NABEG stattfindet, werden Einwendende über diesen schriftlich benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Nach der Erörterung stellt die Bundesnetzagentur gemäß § 24 NABEG den Plan fest.

Entscheidungserhebliche Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens

- 1: Erläuterungsbericht
- 2: Übersichtsplan
- 3: Technische Pläne und Listen
- 4: Masttabellen
- 5: Fundamenttabellen
- 6: Lagepläne
- 7: Rechtserwerbsverzeichnisse
- 8: Technisches Maßnahmenverzeichnis
- 9: Untersuchungen zum Immissionsschutz: elektrische und magnetische Felder
- 10: Untersuchungen zum Immissionsschutz: betriebsbedingte Geräusche (TA Lärm)
- 11: Geräuschgutachten über baubedingte Geräusche (AVV Baulärm)
- 12: Erklärung zu den technischen Anforderungen der Anlage (EnWG)
- 13: Erklärung zu Wechselwirkungen mit anderen Infrastruktureinrichtungen
- 14: Verkehrswege/-konzept
- 15: Ausarbeitungen zum Belang Abfall
- 16: Ausarbeitungen zum Belang Öffentliche Sicherheit
- 17: UVP-Bericht
- 18: Landschaftspflegerischer Begleitplan
- 19: Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
- 20: Natura-2000-Verträglichkeitsuntersuchungen für FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete
- 21: Sonstige geschützte Teile von Natur und Landschaft
- 22: Ausarbeitungen zu Denkmalschutzrechtlichen Belangen
- 23: Ausarbeitungen zu Forstrechtlichen Belangen
- 24: Ausarbeitungen zur Kommunalen Bauleitplanung und zu städtebaulichen Belangen
- 25: Ausarbeitungen zu Landwirtschaftlichen Belangen
- 26: Antragsunterlagen zu Wasserrechtlichen Belangen, hier auch Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie
- 27: Bericht zur Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Präsident

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 30.01.2024

32 - Amt für Sicherheit u. Ordnung

**rhein
kreis
neuss**

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 32/3932/XVII/2024

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	31.01.2024	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Tischvorlage: Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/ Zentrum vom 30.01.2023 zum Thema "Prüfauftrag Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse"

Anlagen:

20240131 interfr. Antrag Kreisausschuss - Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

30. Januar 2024

Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 31.01.2024

Prüfauftrag Umsetzung Maßnahmen der LÜLF+ Risikoanalyse

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses am 31.01.2024 zu setzen.

Antrag

1. Die Verwaltung wird gebeten, die in der Analyse des Unternehmens LÜLF+ empfohlenen 65 Maßnahmen zu priorisieren. Dabei sollen mögliche Sofortmaßnahmen geprüft und aufgelistet werden, um zeitnah handlungsfähig zu sein.
Sofern hierfür Mittel in den Haushalt 2024 eingestellt werden müssen, bitten wir die Verwaltung, dies den Fraktionen noch im Rahmen der laufenden Haushaltberatungen, spätestens jedoch im nächsten Finanzausschuss am 05.03.2024 mitzuteilen.
2. Bezugnehmend auf den Punkt „2 d“ des einstimmig gefassten Beschlusses des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz vom 25.10.2023 wird die Verwaltung auf Basis der Ergebniszusammenfassung von LÜLF+ gebeten, die quantitative und qualitative Personalausstattung der Kreisleitstelle bezüglich der Bereiche Disposition, Tagesdienst und der EDV-Administration durch externe Sachverständige prüfen zu lassen.



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

3. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 05.03.2024 die erforderlichen Mittel nach HOAI für die Leistungsphasen LP1=Grundlagenermittlung; LP2=Vorplanung; LP3=Entwurfsplanung, sowie eine erforderliche Kostenschätzung für LP3 der HOAI des einstimmigen Beschlusses vom 25.10.2023 (Neubau einer Kreisleitstelle etc.), für die Beratungen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss

Udo Bartsch
Vorsitzender der
SPD-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Petra Schenke
Vorsitzende der
Kreistagsfraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rhein-Kreis Neuss

Dirk Schimanski
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Rhein-Kreis Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum

